

Ernährungsindustrie: Konjunktur-Ampel steht auf Gelb

Berlin, 28.05.2019. 2018 konnte die Ernährungsindustrie unterm Strich kein Wachstum verzeichnen. Die Konjunktur-Ampel der Branche steht auf Gelb: Der Umsatz stagnierte bei 179,6 Milliarden Euro. Das Umsatzergebnis wurde dabei von der Preisentwicklung noch abgefedert. Die Absatzmengen gingen insgesamt leicht um 0,1 Prozent im Vorjahresvergleich zurück. Mit einem Umsatzvolumen von 120,1 Milliarden Euro blieb auch 2018 der deutsche Markt der wichtigste Absatzkanal der Branche und konnte im Gegensatz zum Exportgeschäft sogar einen leichten Zuwachs um 0,5 Prozent erreichen. Erstmals seit 10 Jahren konnte der Wachstumsmotor der Branche, das Exportgeschäft, nicht ausgebaut werden. Ausschlaggebend für das schwache Exportgeschäft waren vor allem Unsicherheiten durch den Brexit.

„Mit dem Hin und Her beim Brexit haben wir einen Vorgeschmack darauf erhalten, was passiert, wenn Europa weiter geschwächt wird. Wir brauchen jetzt ein starkes Europa mit einer Vollendung des Binnenmarktes für Lebensmittel und eine zukunftsweisende Industriepolitik, damit der Wachstumsmotor wieder anläuft und die Konjunktur-Ampel wieder auf Grün springt,“ kommentiert Christoph Minhoff die Bilanz 2018 und adressiert seine Forderung an das neu gewählte EU-Parlament.

Im Hinblick auf den Beschäftigungsaufbau zieht die Branche hingegen eine positive Bilanz. Allein 2018 stieg der Zahl der Beschäftigten um über 13.000 Stellen. Die insgesamt 6.119 Betriebe zählen somit 608.553 Beschäftigte. Das ANG-Arbeitspanel 2019 belegt erneut, dass die große Mehrheit (81 Prozent) unbefristet, sozialversicherungspflichtig und in Vollzeit arbeitet. Besorgniserregend ist hingegen der anhaltende Abwärtstrend bei den Bewerbern für Berufsausbildungsstellen. 2018 absolvierten 32.674 junge Menschen eine Ausbildung in der Ernährungsindustrie, 2,6 Prozent weniger als noch im Vorjahr. 10 Prozent der Ausbildungsstellen blieben unbesetzt. Hier brauchen besonders kleine und mittlere Unternehmen in den ländlichen Räumen mehr Unterstützung, um diesen Trend wieder umzukehren.

„Die gute Arbeitsmarktlage hat die Politik zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gesetzesänderungen verleitet, die die Arbeitgeber erheblich einschränken und mit Bürokratie belasten. Die noch offenen Vorhaben, allen voran die geplanten Einschränkungen von Befristungen, müssen daher auf den Prüfstand. Gleichzeitig muss die Politik eine wirkliche Stärkung der Tarifpartnerschaft fördern. Unternehmen und Gewerkschaften brauchen Handlungsspielräume, um unter den regionalen und branchenspezifischen Gegebenheiten eigenständige Lösungen zu finden. Ein Zwang darf es hier nicht geben,“ hebt die ANG-Hauptgeschäftsführerin Stefanie Sabet hervor.

Kontakt

BVE
Monika Larch
Tel. 030-200 786 167
mlarch@bve-online.de

ANG
Stefanie Sabet
Tel. 030-200786 113
sabet@ang-online.com